



LANDESVORSTAND

## Leinen los, Segel setzen, Steuer hart backbord

Neuer geschäftsführender Landesvorstand der GdP Bremen packt gemeinsam das Steuerrad an

**D**rei neue Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes, ich als neuer Landesvorsitzender und Aufgaben, die uns schon viel länger beschäftigen, – so sieht er aus, der Start in den April 2014 und in die nächsten vier Jahre unserer Amtszeit.

An dieser Stelle möchte ich kurz persönlich werden: Vielen Dank für das Vertrauen in unser Team und in mich. Die Erwartungen an uns sind sehr hoch und wir werden mit Mut, Ehrgeiz und Verantwortung die nächsten Jahre angehen, um euch auch weiterhin zu zeigen, dass diese GdP eine GdP der Mitglieder ist. Als eine Gewerkschaft, die annähernd 80% aller Polizeibeschäftigten in Bremen und Bremerhaven vertritt, dürft ihr diese hohe Erwartungshaltung auch an uns haben.

In der nächsten Ausgabe der DP wird ein detaillierter Bericht zum 17. Ordentlichen Landesdelegiertentag erscheinen, aber eines sei an dieser Stelle schon gesagt: Es waren zwei spannende Tage, die durch die 111 Delegierten, die vielen Gäste, die Wahlen der verschiedenen Funktio-

nen und die über 80 Anträge zu zwei unvergesslichen Tagen wurden.

### Einstellungszahlen nach oben korrigieren

Im Vorfeld des Delegiertentages widmeten wir uns den Einstellungszahlen neuer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamter für Bremen und Bremerhaven. Die geplanten 60 Neueinstellungen und die tatsächlichen Abgänge von Kolleginnen und Kollegen in den nächsten Jahren passen eindeutig nicht zusammen. Unsere Bewerberzahlen sanken in den letzten Jahren von über 3000 auf etwas mehr als 1900 pro Jahr. Wieso das so ist, können wir uns fast alle denken!

Wer realistische Innenpolitik betreiben möchte, muss unserer Meinung nach das Doppelte, also 120 neue Kolleginnen und Kollegen einstellen. Diese Zahl müsste schon längst feststehen, um zeitgerecht den Bewerbern eine Zusage für diesen besonderen Beruf geben zu können. In unseren Gesprächen wurden wir neben dieser Zahl in einem grundlegenden Punkt noch deutlicher: Jedes Jahr erneut einen Kampf um vernünftige und notwendige Einstellungszahlen zu führen, ist ein nicht mehr hinzunehmender Umstand. Um der Polizei Bremen und der Ortpolizeibehörde Bremerhaven eine Perspektive zu bieten, muss langfristig gedacht werden. Wir fordern die Einstellungszahlen endlich auf eine Zeit von mehr als drei Jahren festzulegen und uns damit Planungssicherheit zu geben. In diesem Zusammenhang wird nun übrigens ein zweiter, zusätzlicher Einstellungstermin geprüft.

### Wir bleiben bei der Ablehnung der Kennzeichnungspflicht

Ein weiteres Thema im Vorfeld war auch die Kennzeichnungspflicht. Der



Jochen Kopelke

Personalrat hat den Entwurf zur individuellen Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten im Bundesland Bremen abgelehnt. Dass Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte nicht vermehrt Opfer von Gewalt werden, muss eine größere Bedeutung haben, als sie zusätzlich mit Individualnummern zu kennzeichnen. Sowohl das Strafgesetzbuch, als auch die Strafprozessordnung bieten alle nötigen Möglichkeiten, Strafverfolgung zu betreiben.

Die Erfahrung zeigt: Für das namentliche Ermitteln von Polizeibeamten ist eine Kennzeichnung nicht notwendig. Als GdP lehnen wir zum Schutz der eingesetzten Beamtinnen und Beamten eine Kennzeichnung weiterhin ab. In einer Zeit von Handyvideos, Internet und speziell ausgebildeten Beweissicherungstrupps der Polizei bedarf es keiner weiteren Kennzeichnung. Wir verdienen kein politisches Misstrauen, wir verdienen Rückhalt durch Politik und Gesellschaft und vor allem Schutz durch die

Fortsetzung auf Seite 2

**Gewerkschaft der Polizei**  
Bremen



**LANDESVORSTAND**

Fortsetzung von Seite 1

regierenden und in Verantwortung stehenden Parteien. Was denkt ihr? Lasst uns eure Meinung, Erfahrungen, Erlebnisse zu diesem Thema zukommen.

Die politischen Verantwortlichen in Bremen und Bremerhaven haben mir nach dem Landesdelegiertentag Gespräche angeboten, wir werden sie annehmen und unsere Interessen deutlich machen. Wir halten euch auf dem Laufenden!

Das Jahr 2014 wird aber noch weitere interessante Themen hervorbringen. Um diese in unserem Interesse gut vorbereitet angehen zu können, werden die Fach- und Personengrup-

pen auch in diesem Jahr ihre Seminare anbieten. Einige Plätze sind noch frei und ich freue mich, diese Seminare als weiteren Anlass zu nehmen, euch dort bei eurer gewerkschaftlichen Arbeit zu besuchen und euch zu unterstützen.

Im nächsten Monat steht für die politischen Parteien der Europawahlkampf an. Was Europapolitik für Bremen bedeutet, das konnten wir alle in den letzten Monaten zur Genüge den Medien entnehmen. Was Europawahlkampf für uns als GdP bedeutet, das möchte ich in aller Deutlichkeit sagen: Als Mitgliedsgewerkschaft der European Confederation of Police (EuroCOP) mit mehr als 530 000 Mitgliedern sind wir auch in Europa eine

nicht zu unterschätzende Gewerkschaft. Reisefreiheit in Europa zu genießen, ist ein hohes Gut, innere Sicherheit ebenso. Beides zu schützen, ist unsere Aufgabe und diese Aufgabe können wir nur im konstruktiven Austausch mit denen, die darüber entscheiden, erfüllen.

Wieder zurück nach Bremen bzw. Deutschland: Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Zusammenhang mit dem diesjährigen 1. Mai werden wir alles Nötige tun, um zu verdeutlichen, dass der 1. Mai kein Tag des Krawalls, sondern ein Feiertag ist.

Schöne Osterfeiertage, einen friedlichen 1. Mai.

**Jochen Kopelke,**  
Landesvorsitzender GdP Bremen

**TERMIN**

**Redaktionsschluss** für die **Mai-Ausgabe 2014**, Landesjournal Bremen, ist der **6. April 2014**.

Artikel bitte mailen an:  
Ahlersbande@t-online.de

**LANDESFRAUENGRUPPE**

**Das Pilotprojekt „Alternierende Telearbeit“ eine Seifenblase?**

Verpasst die Polizei Bremen Familienfreundlichkeit auch zu leben?

**M**it viel Enthusiasmus fiel am 1. 4. 2012 der Startschuss für das Pilotprojekt **Alternierende Telearbeit**. Im Rahmen von audit berufundfamilie war dieses zwangsläufig notwendig geworden, um einerseits die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für junge Familien Wirklichkeit werden zu lassen und andererseits die Vollzeitäquivalenz zu erhöhen.

Knapp zwei Jahre hatten die Planungen in puncto Kosten, Datensicherheit, Auswahl des in Frage kommenden Personenkreises etc. in Anspruch genommen.

Die Erwartungshaltung bei allen Beteiligten war groß; denn alternierende Telearbeit war der Aufbruch in eine neue Arbeitsform für die Beschäftigten der Polizei Bremen. Genau genommen folgte die Polizei Bremen jedoch lediglich der Dienstweisung der Senatorin für Finanzen aus dem Jahre 2004. Senatorische Dienststellen wie z. B. die Senatorin für Finanzen und die Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales hatten die alternierende Telearbeit schon lange vorher übernommen. Fünf Frauen aus der K 5 waren die ersten Telearbeiter-

rinnen. Am 1. 6. 2012 folgten 15 weitere Beamtinnen aus allen Bereichen der Polizei nach. Das bedeutete, dass sie Woche für Woche Akten von S 41 und K 51 in kleinen Stahlköfferchen nach Hause fuhren und diese dort in einem Arbeitszimmer, das alle Bedingungen eines Büros erfüllte, bearbeiteten. Im Juni 2013 beschloss die Polizei Bremen, das Projekt bis zum 30. 9. 2013 zu verlängern, danach folgte die zweite Phase, datiert bis zum 31. 12. 2013.

Im Dezember dann der Paukenschlag! Alternierende Telearbeit soll langsam sterben! **Nach der dritten Verlängerung ist am 30. 6. 2014 SCHLUSS! WARUM???** Die Gründe sind schwer vermittelbar, denn

- die 2010 veranschlagten Kosten wurden nicht überschritten,
- die Zufriedenheit bei den „Teletubbies“ ist hoch,
- die Akzeptanz bei den Angehörigen von K 51 und S 41 ist positiv,
- die Haldenreduzierung ist höher als prognostiziert,
- das Personalvolumen wird ausgeschöpft etc.

Fortsetzung auf Seite 3



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: Landesbezirk Bremen

**Geschäftsstelle:**  
Bgm.-Smidt-Straße 78  
28195 Bremen  
Telefon (04 21) 9 49 58 50  
Telefax (04 21) 9 49 58 59  
Behörde: 1 09 48  
Internet: www.gdp-bremen.de  
E-Mail: info@gdp-hb.de

**Redaktion:**  
Wolfgang Ahlers (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Bgm.-Smidt-Straße 78, 28195 Bremen  
Telefon dienstlich (04 21) 3 62-1 90 56

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleucker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36 vom 1. Januar 2014  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-642X



## LANDESVORSTAND

**Gelegenheit versäumt!****Bürgerschaft verweigert Solidaritätserklärung für die Polizei**

**L**eider hat am 26. 2. 2014 das Parlament die Gelegenheit versäumt, ein Zeichen der Solidarität für Polizeibeamte zu setzen. In der Bürgerschaft sitzen die gewählten Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Bremens, die ein hohes Interesse daran haben müssen, dass unser Rechtsstaat geschützt wird.

Polizistinnen und Polizisten repräsentieren den Rechtsstaat und sorgen dafür, dass die Regeln unseres Zusammenlebens eingehalten werden. Es muss Tätern, die unsere Kolleginnen und Kollegen nur aus dem Grund angreifen, weil sie Polizeibeamte sind, klar gemacht werden, dass ein Angriff auf Polizeibeamte auch ein Angriff auf unsere Bürgergesellschaft ist. Dieses gemeinsame Signal von Vertretern des Volkes in der Bürgerschaft ist abgeschmettert worden.

„Als eine Gewerkschaft, die bundesweit rund 175 000 Polizeibeschäftigte vertritt, fragen wir uns unwillkürlich, wo der Hund begraben liegt, dass die politisch Verantwortlichen nur widerwillig bereit sind, deutliche Zeichen zu setzen, in dem Bemühen, Gewalt gegen Polizeibeamte zu ächten“, kommentierte Horst Göbel, der Landesvorsitzende der Bremer Gewerkschaft der Polizei das Verhalten der Politik.

**Der Landesvorstand****LANDESFRAUENGRUPPE***Fortsetzung von Seite 2*

Weiterhin dürfen die weichen Faktoren, wie die Erleichterung der Wiedereingliederung nach der Elternzeit, eine höhere Arbeitszufriedenheit gepaart mit der Steigerung der Arbeitsqualität durch ruhigeres Arbeiten, der Verbundenheit zur Organisation, der Erhalt der Pensionsansprüche usw. nicht unterschätzt werden.

Telearbeit in der Polizei Bremen ein Problem? In unserer Schwesterstadt bei der Ortpolizeibehörde Bremerhaven eine Selbstverständlichkeit!

**Siggi Holschen,  
Landesfrauengruppe****Nachstehend der Antrag  
der CDU**

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT  
Landtag  
18. Wahlperiode  
Drucksache 18/1276  
24. 2. 2014

Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU

**Solidarität mit der Polizei – Gewalt gegen Polizeibeamte mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegen**

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist eine grundlegende staatliche Aufgabe. Die Polizei nimmt hierbei eine Schlüsselrolle ein. Ihr oberster Auftrag ist der Schutz der Bevölkerung vor Straftaten und die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Diese Herausforderung füllt die Polizei auf vielfältigste Weise aus: Zu ihren Aufgaben gehören die Sicherung von öffentlichen Veranstaltungen, genauso wie die Verkehrsüberwachung und die Verfolgung von Straftaten. Sie fungiert unter der Notrufnummer 110 oftmals als erster Ansprechpartner in allen denkbaren Notlagen und leistet schnell und bürgernah Hilfe. Die Polizei arbeitet dabei sowohl präventiv, um Gefahren frühzeitig abzuwehren und Straftaten schon vor der Ausführung zu vereiteln, als auch in der Strafverfolgung. Durch diese Unterstützung für die Staatsanwaltschaft stellt die Polizei sogleich ein zentrales Element unseres Rechtsstaates dar.

Auch wir im Stadtstaat Bremen sind in hohem Maße auf die Arbeit der Polizei angewiesen, um ein friedliches und sicheres Miteinander in unseren beiden Städten zu gewährleisten. Oftmals stehen die Polizeibeamten dabei in der ersten Reihe: Sie setzen das Recht zum Schutz der Bürger um. Daneben leisten sie über den eigentlichen Aufgabenbereich hinausgehende aber dennoch unerlässliche soziale Arbeit.

Als Hüter unser aller Sicherheit könnten die Polizeibeamten eine besondere Wertschätzung und Respekt erwarten. In ihrer täglichen Arbeit ist

jedoch häufig das Gegenteil der Fall, und Polizeibeamte sehen sich Gewalt und massiven Beleidigungen ausgesetzt. Neben einer zunehmenden allgemeinen Respektlosigkeit im Umgang mit der Polizei ist eindeutig festzustellen, dass die Hemmschwelle bei körperlicher Gewalt gegen Polizeibeamte gesunken ist und weiter sinkt. Polizisten werden bespuckt und müssen Angriffe mit Flaschen, Metallblöcken, Eisenstangen und anderen Gegenständen erdulden. Ohne ersichtlichen Grund werden sie wegen ihres Berufs zur Zielscheibe von Gewalt.

Die jüngsten Vorkommnisse in Hamburg stellen hierbei nur einen weiteren besorgniserregenden Beleg für die zunehmende Respektlosigkeit und mangelnde Wertschätzung gegenüber der Polizei dar.

Diese Respektlosigkeit, gepaart mit einer zunehmenden Personalreduzierung und der daraus folgenden Arbeitsverdichtung, führten zu einem Motivationsverlust innerhalb der Polizei. Die Beamten fühlen sich nicht wertgeschätzt und immer mehr an den gesellschaftlichen Rand gedrängt. Sowohl von Teilen der Bevölkerung als auch aus Reihen der Politik fehlt häufig die notwendige Solidarität.

Für ihre vielfältige und existenziell wichtige Arbeit benötigt die Polizei neben der Verankerung in der Mitte der Gesellschaft und der Rückendeckung der Justiz jedoch auch die Anerkennung und den Rückhalt der Politik. Nur bei entsprechender Einbettung in die gesellschaftlichen Instanzen kann die Polizei die ihr zugeordnete Rolle adäquat ausfüllen und damit ihren wichtigen Beitrag zum Gemeinwohl leisten.

**Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:**

Die Bremische Bürgerschaft erklärt:

Wir bekennen uns zu unserer Polizei als wichtigsten Akteur zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit und als elementare Stütze unserer gesellschaftlichen Ordnung sowie unseres Rechtsstaates.

*Fortsetzung auf Seite 4*

Fortsetzung von Seite 3

Wir erkennen die Arbeit der Polizei als existenzielle Aufgabe an und sprechen den Polizeibeamten unseren Respekt und unsere Wertschätzung für ihre Leistungen aus.

Wir verurteilen jegliche Form von Gewalt gegenüber Polizeibeamten und sprechen uns für ein respektvolles Miteinander von Polizei und Bevölkerung aus.

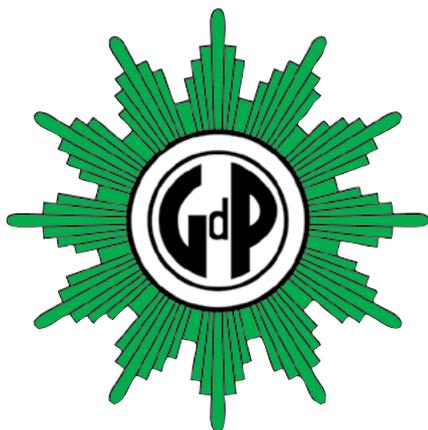
Wir sind zutiefst beschämt und entsetzt über die ausufernde Gewalt gegen Polizeibeamte, wie sie zuletzt in Hamburg sichtbar wurde, und versichern den Polizisten unsere uneingeschränkte Solidarität.

Wir stehen ein für eine Polizei aus der Mitte der Gesellschaft und wenden uns entschieden gegen Versuche jeder Art, die Arbeit der Polizeibeamten zu marginalisieren.

Wir werden uns weiterhin interdisziplinär dafür einsetzen, Respektlosigkeit gegenüber Polizeibeamten nicht zur Normalität werden zu lassen.

Wir werden dazu beitragen, dass Polizisten in der Öffentlichkeit, die ihnen gebührende Anerkennung erhalten und verhetzende oder diskriminierende Äußerungen nicht mehr länger dulden.

**Wilhelm Hinners, Erwin Knäpper,  
Dr. Thomas vom Bruch, Thomas  
Röwekamp und Fraktion der CDU**



## Neuer Kooperationspartner in Steuerfragen

**Liebe GdP-Mitglieder,**  
wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, hat auch das Recht, Steuern zu sparen. Dies stellte der Bundesgerichtshof so bereits in einem Urteil im Jahre 1965 zutreffend fest.

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Mitglieder, die sich Unterstützung bei der Erstellung der Einkommensteuererklärung von der GdP wünschen oder konkrete steuerrechtliche Fragen haben, sehr stark erhöht. Um diese Entwicklung sowohl quantitativ wie auch qualitativ begleiten zu können, haben wir nach Prüfung diverser Alternativen eine Kooperation mit dem „Deutsche Lohn- und Einkommensteuerhilfe Skupien e.V.“ vereinbart.

Ab sofort haben alle GdP-Mitglieder die Möglichkeit, ihre Einkommensteuererklärung im Rahmen einer rabattierten Mitgliedschaft beim „Deutsche Lohn- und Einkommensteuerhilfe Skupien e.V.“ professionell erstellen zu lassen. Dabei garantiert unser neuer Kooperationspartner auch eine ganzjährige Beratung in Fragen der steuersparenden Planung sowie zu allgemein steuerlichen Angelegenheiten und übernimmt die gesamte Abwicklung mit dem Finanzamt! Neben der Erstellung der Einkommensteuererklärung gehören zum Leistungsumfang beispielsweise noch folgende Angebote:

- Beratung zur Steuerklassenwahl
- Prüfung und Beantragung von Freibeträgen auf der Lohnsteuerkarte
- Steuergestaltung bei Werbungskosten (Arbeitszimmer, Computer, Fahrt- und Reisekosten, ...) sowie zukünftiger Steuerbelastung
- Beratung bei Handwerkerleistungen, haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflegeaufwendungen etc.
- Beratung zur Besteuerung von Renten, Pensionen und Betriebsrenten
- Beratung bei Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen
- Prüfen von Kindergeldansprüchen und Beantragen von Kindergeld
- Prüfung von Steuerbescheiden
- Führen von Einsprüchen u. v. m.

Nehmt am besten direkt Kontakt zu unserem neuen Kooperationspartner auf und vereinbart einen kostenlosen und unverbindlichen Beratungstermin in Bremen oder Bremerhaven!

**Deutsche Lohn- und Einkommensteuerhilfe Skupien e.V. – Lohnsteuerhilfeverein – Schlehenweg 5 d, 27578 Bremerhaven  
Telefon: 04 71/48 12 96 66  
Fax: 04 71/48 15 94 76  
Mobil: 01 52/33 74 67 14  
Internet: [www.lohnsteuerhilfe-skupien.de](http://www.lohnsteuerhilfe-skupien.de)  
E-Mail: [info@lohnsteuerhilfe-skupien.de](mailto:info@lohnsteuerhilfe-skupien.de)**

Einfach anrufen, GdP-Mitgliedsnummer nennen und bares Geld, Arbeit und Nerven sparen!

Mit kollegialen Grüßen

**Tim Gelineck,  
Geschäftsführer  
GdP Service-GmbH Bremen**

### SENIOREN

#### Monatstreffen April

##### Bremerhaven

Dienstag, 8. April 2014, 16.00 Uhr, Ernst-Barlach-Haus, Am Holzhafen 8

##### Bremen

Donnerstag, 10. April 2014, 15.30 Uhr, Grollander Krug



8 Tage Erlebnisreise  
vom 06. bis 13. Sept. 2014

## Baltikum – 3 Länder, Kulturen und Völker



pro Person im Doppelzimmer  
**1.099,00 €**

Auf dieser Reise erleben Sie die bezaubernde Landschaft des Baltikums und der Kurischen Nehrung sowie die Städte Tallinn, Riga und Kaunas

### Reiseverlauf:

- 06.09. Flug mit Lufthansa nach Tallinn
- 07.09. Erleben und erkunden Sie das mittelalterliche Tallinn
- 08.09. Fahrt in das Ostseebad Pärnu und weiter nach Riga
- 09.09. Erkunden Sie die Gassen der Altstadt von Riga
- 10.09. Rundgang durch die Hafenstadt Klaipeda
- 11.09. Mit der Fähre auf die Kurische Nehrung
- 12.09. Über Kaunas nach Vilnius
- 13.09. Besichtigung der Altstadt von Vilnius  
anschl. Rückflug nach Deutschland

### Preise inklusive Flug ab / bis Hamburg

pro Person im Doppelzimmer **1.099,00 €**  
Einzelzimmeraufschlag **230,00 €**

Mindestteilnehmerzahl: 25 Personen

### Leistungen

- ▶ Flug von Hamburg über Frankfurt mit Lufthansa in der Economy-Class nach Tallinn – Rückflug ab Vilnius
- ▶ Luftverkehrssteuer, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren sowie aktuelle Kerosinzuschläge
- ▶ Transfers, Ausflüge und Besichtigungen in klimatisierten, bequemen, landestypischen Reisebussen
- ▶ Fährüberfahrt auf die kurische Nehrung
- ▶ 7 Hotelübernachtungen
- ▶ 7 x Frühstück, 7 x Abendessen

### Ihr Gebeco Mehr Wert:

- ▶ Deutsch sprechende Gebeco-Reiseleitung
- ▶ Zug zum Flug 2. Klasse
- ▶ Komplettes Besichtigungsprogramm laut Reiseverlauf
- ▶ Stadtrundgang Tallinn, Riga und Vilnius
- ▶ Strandspaziergang Ostseebad Pärnu
- ▶ Halt am Berg der Kreuze
- ▶ Bernsteinmuseum in Palanga
- ▶ Tagesausflug Kurische Nehrung
- ▶ Eintrittsgelder
- ▶ Gebeco Reiseinformationen / Reiseliteratur
- ▶ PSW-Reisebegleitung

### PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen  
und Anmeldungen

#### PSW-Reisen Kiel

Max-Giese-Straße 22  
24116 Kiel  
Telefon 0431 / 17093  
Telefax 0431 / 17092  
psw-reisen.kiel@t-online.de

#### PSW-Reisen Lübeck

Hans-Böckler-Straße 2  
23560 Lübeck  
Telefon 0451 / 5021736  
Telefax 0451 / 5021758  
psw-reisen.luebeck@t-online.de

[www.psw-tours.de](http://www.psw-tours.de)

Fotos: Gebeco - Veranstalter: Gebeco GmbH & Co. KG - Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH & Co KG, Kiel

## NACHRUF



Es erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser ehemaliger Landesvorsitzender

## Hans Schulz



im Alter von 75 Jahren plötzlich und unerwartet verstarb.

Hans Schulz war von 1986 bis 1994 Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei in Bremen.

Er engagierte sich stark für die Sicherheit in unserem Lande und blieb dieser Linie auch in seinem späteren politischen Wirken treu.

Seiner Familie gilt unser aufrichtiges Mitgefühl.  
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

**Der Landesvorstand**



# Vereinbarkeit von Beruf und Familie ein unverzichtbares und stetes Erfordernis

**D**ie Entwicklung, Umsetzung und Koordination von Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung in der freien Wirtschaft und auch in Behörden ein unverzichtbares Erfordernis. Dies trifft für Behörden deshalb umso

Frauen wie Männern! Wir alle sind Menschen, denen von einer Sekunde auf die andere etwas Schlimmes widerfahren kann, wodurch sich für uns und unsere Angehörigen das Leben schlagartig verändert. Schließlich geht es um den Beruf und um die Familie. Und beides miteinander in einen hu-

Bei unseren Bemühungen haben wir stets auf die Unterstützung der Polizeiführung zählen können. Wir haben uns dabei hin und wieder auch gerieben, letztlich ist aber immer ein gutes Ergebnis dabei herausgekommen. Beispielhaft sei die Einrichtung der Kindertagespflege „Die Streifenhörchen“ genannt. Aber auch andere Themen wie z. B. die Einführung der alternierenden Telearbeit forderten uns einiges ab.

Was wir aber häufig vermisst haben und deshalb vor dem Hintergrund der sich stets (überwiegend negativ) verändernden politischen Rahmenbedingungen umso mehr und deutlich einfordern, ist die spürbare Unterstützung vom GdP-Landesbezirk Bremen und dem Personalrat der Polizei Bremen! Es muss hier zwingend ein „Umdenken“ in den Gremien einsetzen. Es kann nicht sein, dass man sich einfach darauf verlässt, dass das schon irgendjemand regelt oder koordiniert.

Ich meine, es ist sowohl für den neuen Landesvorstand der GdP (als auch für die anderen polizeilichen Gewerkschaften) und den Personalrat jetzt eine gute Gelegenheit gekommen, zumindest jeweils eine Person zu benennen, die als feste/r Ansprechpartner/-in der jeweiligen Interessenvertretungen für das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie verantwortlich ist. Die Bundesfrauen-Gruppe der GdP und der DGB haben längst die Zeichen der Zeit erkannt und engagieren sich in ihren unterschiedlichen Rollen zuweilen sehr stark. Es wird Zeit, diese Signale auch in Bremen zu erkennen und den „Ball aufzunehmen“.

Wir stehen als Gesprächspartner für diese neuen Ansprechpartner gerne zur Verfügung. Die Fürsorge für die Menschen in der Polizei ist unsere gemeinsame Aufgabe. Denn wenn es den Menschen gut geht, geht es auch der Organisation zumindest etwas besser. Den genannten Gremien wünschen wir dabei ein glückliches Händchen.

**Gerhard Rippe,  
KoSt Beruf und Familie  
in der Polizei Bremen**



**Der Kindergarten der Polizei Bremen, ein beachtenswertes Projekt im Sinne der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**  
Foto: Wolfgang Ahlers

mehr zu, weil sie in besonderem Maße unter den Auswirkungen von politischen Rahmenbedingungen (Personalknappheit, mangelnde Anerkennung etc.) stehen und dennoch funktionieren wollen und sollen.

Und weil das Problem immer drängender wird, bedarf es einer breiteren Unterstützung in den Gewerkschaften und Personalräten. Es muss endlich zur Kenntnis genommen werden, dass es auf Dauer nicht ausreicht, wenn sich wenige Kolleginnen und Kollegen dieser Gesamthematik mit Leidenschaft widmen. Von den Engagierten besteht die überwiegende Mehrzahl aus Frauen. Auch dieser Umstand deutet klar darauf hin, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie offenbar noch immer für die überwältigende Mehrheit der Mitarbeiter in der Polizei als „Frauenthema“ abgetan wird. Noch immer ist vielen nicht klar: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie geht uns alle an!

manen und verantwortungsbewussten Zusammenhang zu bringen, ist unser aller Aufgabe.

In den vergangenen Jahren haben meine Kollegin Gabriele Kudlik und ich uns gerne und leidenschaftlich dafür eingesetzt, dem Arbeitgeber Polizei Bremen ein familienfreundlicheres Gesicht zu geben. Mit Beharrlichkeit haben wir vielerlei Maßnahmen entwickelt, die sich heute als feste Bestandteile unserer Alltagsorganisation etabliert haben. Dabei haben wir gewiss nicht nur „Frauenthemen“, sondern generell Probleme, die uns alle betreffen oder betreffen können, in Angriff genommen und vieles in wirkungsvollen Maßnahmen oder Serviceangeboten zu einem guten Ende gebracht. Im Übrigen sind wir der festen Überzeugung, dass auch „Frauenthemen“ in irgendeiner Weise auch immer die Themen beider Geschlechter sind.



**JUNGE GRUPPE****Aktion „AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld“ beim 100. Nordderby**

**A**m 1. 3. 2014 stand das 100. Nordderby an. Im Weserstadion trafen der SV Werder Bremen und der Hamburger SV aufeinander. Diese historische Begegnung weist eine besondere Brisanz auf, welche in der Vergangenheit auch zu gravierenden Ausschreitungen zwischen den Fangruppierungen führte. 1982 starb Adrian Maleika im Zusammenhang mit dieser Fußballbegegnung.

das Weserstadion in den dortigen Gaststätten, Lokalen, Kioskgeschäften und den umliegenden Polizeirevieren. Außerdem wurde in Gesprächen auf unsere Kampagne **AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld** und den bevorstehenden Großeinsatz hingewiesen. Weiterhin wurden an mehreren polizeilichen Örtlichkeiten, wie z. B. der Stadionwache und der



**Wo sind wir nur gelandet in Sachen Bundesligafußball?**

Diese Brisanz forderte einen der größten Polizeieinsätze mit mehr als 1100 eingesetzten Beamten im Lande Bremen. Dies nahm die JUNGE GRUPPE Bremen zum Anlass, nochmals auf die Kampagne **AUCH MENSCH – Polizei im Spannungsfeld** aufmerksam zu machen. Die Kampagne zeigt, dass hinter jedem Polizeibeamten auch ein Mensch mit Familie und Freunden steckt. Wir wollen zum Nachdenken anregen, wir wollen das Bewusstsein junger Menschen für gewaltfreie Formen der Auseinandersetzung schärfen. Immer stärker spüren wir die steigende Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in unserer Gesellschaft. Auch die regionale Politik beschäftigt sich in ihren Diskussionen mit dieser Gewalt gegenüber der Exekutive. Wir reden aber nicht nur, wir handeln:

Mitglieder der JUNGEN GRUPPE verteilten Plakate und Flyer rund um



**Mitglieder der JUNGEN GRUPPE betreuten den Fußballeinsatz einmal auf ganz andere Weise.**

Stadionleitstelle, Süßigkeiten für die eingesetzten Kräfte verteilt, um allen den Einsatz ein wenig zu versüßen und auf diesem Wege den Kolleginnen und Kollegen zu zeigen, dass die JUNGE GRUPPE immer für einen da ist. Den zwölf verletzten Kolleginnen und Kollegen wünschen wir auf diesem Wege gute Besserung.

**Julian Kulgart**



# Urteil zum Streikrecht für Beamte

**Beamtete Lehrer dürfen sich auch weiterhin nicht an Streiks beteiligen, zu denen die Gewerkschaften ihre angestellten Kollegen aufrufen. Dies hat das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig entschieden.**

Die Klägerin, eine Lehrerin, die in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit mit dem beklagten Land stand, blieb im Jahr 2009 dreimal dem Unterricht fern, um an Warnstreiks teilzunehmen, zu denen die Gewerkschaft GEW während der auch von ihr geführten Tarifverhandlungen aufgerufen hatte. Die Gewerkschaft wollte ihrer Forderung nach einer Gehaltserhöhung von 8% und deren anschließender Übernahme in die Beamtenbesoldung Nachdruck verleihen. Die Klägerin hatte ihr Fernbleiben der Schulleiterin angekündigt, die sie auf das beamtenrechtliche Streikverbot hingewiesen hatte. Die Beklagte verhängte gegen die Klägerin durch Disziplinarverfö-

gung eine Geldbuße von 1500 € wegen unerlaubten Fernbleibens vom Dienst. Die Anfechtungsklage ist in der Berufungsinstanz vor dem Oberverwaltungsgericht erfolglos geblieben. Die Revision der Klägerin hat das Bundesverwaltungsgericht dem Grunde nach zurückgewiesen; es hat jedoch die Geldbuße auf 300 € ermäßigt.

Das Gericht betonte nochmals das generelle Streikverbot für Beamte. Nach deutschem Verfassungsrecht gilt für alle Beamten unabhängig von ihrem Tätigkeitsbereich ein generelles statusbezogenes Streikverbot, das als hergebrachter Grundsatz im Sinne des Art. 33 Abs. 5 GG Verfassungsrang genießt.

Für Angehörige der Streikkräfte, der Polizei und der hoheitlichen Staatsverwaltung besteht auch nach europäischem Recht ein Streikverbot.

Für andere beamtete Berufe jedoch kann es nach europäischem Recht jedoch ein Streikrecht geben. Damit enthält die deutsche Rechtsordnung derzeit einen inhaltlichen Wider-

spruch in Bezug auf das Recht auf Tarifverhandlungen und das Streikrecht derjenigen Beamten, die außerhalb der hoheitlichen Staatsverwaltung tätig sind. Diese Kollisionslage gilt es aufzulösen.

Für die Übergangszeit bis zu einer bundesgesetzlichen Regelung verbleibt es bei der Geltung des verfassungsunmittelbaren Streikverbots. Hierfür ist von Bedeutung, dass den Tarifabschlüssen für die Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes aufgrund des Alimentationsgrundsatzes nach Art. 33 Abs. 5 GG maßgebende Bedeutung für die Beamtenbesoldung zukommt.

**Die Besoldungsgesetzgeber im Bund und in den Ländern sind verfassungsrechtlich gehindert, die Beamtenbesoldung von der Einkommensentwicklung, die in den Tarifabschlüssen zum Ausdruck kommt, abzukoppeln.**

BVerwG 2 C 1.13 – Urteil vom 27. Februar 2014

Quelle: Bundesverwaltungsgericht, Pressemitteilungen Nr. 16/2014

Anzeige

8-tägige Städtereise vom 18. bis 25. November 2014

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab

€ 829,-

## PEKING & SHANGHAI

### METROPOLEN DER GEGENSÄTZE

**Geplanter Reiseverlauf:**

- 1. Tag:** Linienflug von Frankfurt nach Shanghai.
- 2. Tag: Shanghai - Peking:** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Sommerpalast inkl. Mittagessen, Hutong-Tour mit Rikschafahrt.
- 3. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ), Besichtigung Verbotene Stadt mit Kaiserpalast, Platz des Himmlischen Friedens, Himmelstempel inkl. Mittagessen.
- 4. Tag: Peking.** Ausflug (fakultativ) Große Mauer, Fotostopp Olympiapark, Fußmassage und Mittagessen.
- 5. Tag: Peking - Shanghai.** Transfer zum Weiterflug nach Shanghai.
- 6. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ) Besuch der Altstadt mit Teehaus, Zick-Zack-Brücke, Yu-Garten, inkl. Mittagessen.
- 7. Tag: Shanghai.** Ausflug (fakultativ), Jade-Buddha-Tempel, Uferpromenade Bund inkl. Mittagessen und Abschiedsessen – Transfer mit dem Transrapid zum Flughafen. Rückflug.
- 8. Tag:** Ankunft in Frankfurt.

**Ihre Hotels:**  
 Holiday Inn Chang An West 4 Sterne in Peking  
 Hotel Grand Mercure Baolong 4 Sterne\* in Shanghai

**Eingeschlossene Leistungen:**

- Linienflug mit China Eastern (Economy Class) von Frankfurt und zurück
- Innerchinesische Flüge mit China Eastern von Shanghai nach Peking und zurück.
- Flughafensteuern, Lande- und Sicherheitsgebühren (Stand 08/2013).
- Transfers inkl. Gepäckbeförderung
- 3 Nächte in Peking und 2 Nächte in Shanghai in den genannten Hotels o.ä. inkl. 5x Frühstücksbuffet.
- Örtliche, deutsch sprechende Reiseleitung.
- Infomaterial und Reiseführer, ÖPNV-Coupon.
- Visabesorgung
- PSW-Reisebegleitung

Reise wie beschrieben	pro Person ab
Unterbringung im Doppelzimmer	829,- Euro
EZ-Zuschlag	120,- Euro
Ausflugspaket (fakultativ)	169,- Euro
Akrobatikshow am 6. Tag	25,- Euro
Rail & Fly 2. Klasse	61,- Euro
Pekingente-Abendessen am 4. Tag	25,- Euro
Visagebühren	ca. 90,- Euro

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

**Weitere Informationen und Anmeldungen**

**PSW-Reisen Kiel**  
 Max-Giese-Straße 22  
 24116 Kiel  
 Telefon 0431 / 17093  
 Telefax 0431 / 17092  
 psw-reisen.kiel@t-online.de

**PSW-Reisen Lübeck**  
 Hans-Böckler-Straße 2  
 23560 Lübeck  
 Telefon 0451 / 5021736  
 Telefax 0451 / 5021758  
 psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Veranstalter: DERTOUR GmbH & Co KG, 60424 Frankfurt/M. Irrtum, Zwischenverkauf, Programm- und Routenänderungen bleiben vorbehalten. Mindestteilnehmerzahl: 17 Personen.